



23.05.2022

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Grünordnungsplan sowie Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes „Solarpark Langensendelbach“****Umweltbezogene Stellungnahmen und Abwägung:****Regierung von Oberfranken – 11.02.2022**

Gegen die o.a. Bauleitplanung der Gemeinde Langensendelbach werden keine grundlegenden Einwände erhoben.

Die naturschutzfachlichen Belange zur betreffenden Planung werden von der unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt Forchheim in das Verfahren eingebracht; um entsprechende Berücksichtigung wird gebeten.

**Abwägung und Beschlussvorschlag**

*Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die UNB wurde am Verfahren beteiligt. Der Gemeinderat hält an der Bauleitplanung Solarpark Langensendelbach fest.*

**Landratsamt Forchheim, FB 42 Naturschutz – 04.02.2022****FNP**

Keine Einwände

**BP****2.4 Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z.B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnungen)****Einwendungen**

1. Es fehlt die konkrete Darstellung, in welcher Form die internen Ausgleichsflächen gestaltet werden sollen (Eingrünung). Dies gilt für die laut Legende vorgesehenen Maßnahmen 2 (Pflanzung von Sträuchern) und 3 (Pflanzung von Obstbäumen).
2. Die anstehende Bodenart im Geltungsbereich ist laut Bodenschätzung Ton. Der hohe Anteil an Grünland steht auch für einen hohen Grundwasserstand. Obstbäume sind an diesem Standort völlig ungeeignet und sind deshalb durch Laubgehölze der Feuchtgebüsche (wie Traubenkirsche - Prunus padus, Faulbaum - Frangula alnus, Schneeball - Viburnum opulus u.a.) zu ersetzen.
3. Die als "Alternative" festgesetzte Selbstbegrünung der externen Ausgleichsflächen wird abgelehnt. Problemarten wie Ackerkratzdistel und Stumpfbültriger Ampfer sind zu konkurrenzstark. Um die Lebensraumsprüche der Feldlerche möglichst optimal abzubilden, ist die Selbstbegrünung dieser Ackerflächen nicht zielführend.

## Rechtsgrundlagen

1. Nach dem Bundesbaugesetz sind die Ausgleichsflächen im Bebauungsplan mit Grünordnungsplan darzustellen und festzusetzen und damit rechtlich abzusichern. Nachdem die Rechtmäßigkeit eines Eingriffsbebauungsplans von der Rechtmäßigkeit des Ausgleichsbebauungsplans abhängig ist, sind diese Darstellungen und Festsetzungen von großer Bedeutung.
2. Nach § 15 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz sind Beeinträchtigungen des Naturhaushalts dann ausgeglichen, wenn die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in gleichartiger Weise wiederhergestellt sind.

## Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen)

1. Die zeichnerische Darstellung der Eingriffsmaßnahmen ist zu ergänzen.
2. Auf den externen Ausgleichsflächen ist eine kräuterreiche Regiosaatgutmischung einzusäen und extensiv als Grünland mit Schnitzeitpunkt 1. September, Abfuhr des Mahdguts sowie Verzicht auf jegliche Düngung zu pflegen. Im Jahr vor der Einsaat ist eine starkzehrende Feldfrucht (Hafer) einzusäen und ohne Düngung und Pflanzenschutz und mit Stroh zu dreschen.

## 2.5 Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

1. Die Gemeinde hat nach § 4 c BauGB die Pflicht, die "erheblichen Umweltauswirkungen" zu überwachen (Monitoring), um insbesondere die Wirksamkeit der artenschutzrechtlichen Maßnahmen auf den externen Ausgleichsflächen zu ermitteln und bei Bedarf Maßnahmen zur Optimierung zu ergreifen. Die Gemeinde überwacht die Umsetzung in eigener Zuständigkeit oder die Umsetzung durch den vertraglich gebundenen Investor. Nähere Informationen dazu enthält der "Handlungsleitfaden Qualitätsmanagement Kompensation" vom Bayerischen Landesamt für Umwelt, der über das Internet bezogen werden kann. Dort kann auch der "Prüfbogen für die Kontrolle von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen" heruntergeladen werden.
2. Kompensationsflächen im Eigentum Dritter sind zu sichern. Die dingliche Sicherung wird als beschränkt persönliche Dienstbarkeit gemäß § 1090 BGB ausgestaltet.
3. Die für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen festgesetzten Flächen sind nach Artikel 9 des Bayerischen Naturschutzgesetzes im "Ökoflächenkataster" zu erfassen. *Die Gemeinden übermitteln die erforderlichen Angaben, wenn Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich im Sinn des § 1 a Abs. 3 des Baugesetzbuchs auf von der Gemeinde bereitgestellten Flächen durchgeführt werden.* Die zur Erfassung erforderlichen Daten sind unmittelbar nach Satzungsbeschluss dem LfU (Bayerisches Landesamt für Umwelt, Dienststelle Hof – Referat 56, Hans-Högn-Str. 12 in 95030 Hof) zu übermitteln.

### Abwägung und Beschlussvorschlag

*Die Hinweise des Fachbereichs Naturschutz zum Bebauungsplan werden berücksichtigt und die internen Ausgleichsflächen zeichnerisch konkretisiert.*

*Für die externen Ausgleichsmaßnahmen zur Herstellung der Blühstreifen für die Feldlerche wird die Festsetzung entsprechend den Vorgaben der UNB geändert. Bei der Pflanzenwahl wird die Pflanzenliste auf Arten, die staufeuchte Bodenverhältnisse dulden können, abgestellt.*

*Die Hinweise zum Monitoring, Sicherung der Kompensationsflächen und Meldung der Ausgleichs- und Ersatzflächen werden von der Gemeinde umgesetzt.*

*Der Gemeinderat hält am vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit Grünordnungsplan sowie Vorhaben- und Erschließungsplan Solarpark Langensendelbach mit der Ergänzung zur zeichnerischen Konkretisierung der internen Ausgleichsmaßnahmen und der Präzisierung der Herstellung externer Ausgleichsmaßnahmen sowie Ergänzung der Artenliste der zu verwendenden Gehölzarten fest.*

## **Landratsamt Forchheim, FB 44 Immissionsschutz – 17.01.2022**

### **FNP**

Keine Äußerung.

### **BP**

#### **Rechtsgrundlage**

Für den Schallschutz in der städtebaulichen Planung wird die DIN 18005 Teil 1 (Ausgabe Juli 2002) mit dem zugehörigen Beiblatt 1, nach Maßgabe der Bekanntmachung des BayStMI – Vollzug des Baugesetzbuches und des Bundesimmissionsschutzgesetzes; Berücksichtigung des Schallschutzes im Städtebau vom 3. August 1988 (Nr. II B 8-4641.1-001/87) – zur Anwendung empfohlen.

#### **Darstellung und Bewertung der Immissionssituation**

Nach den Ausführungen in der Begründung zum Bebauungsplan zu Nr. 7 Immissionsschutz wurde ein Blendgutachten erstellt. Dieses war aber den Unterlagen nicht beigelegt und kann somit nicht beurteilt werden. Für die Richtigkeit des Gutachtens ist der Gutachter verantwortlich.

Die nachfolgende Festsetzung soll in den Bebauungsplan aufgenommen werden, damit die Hinweise des LAI (Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz) auch verbindlich werden.

#### **Festsetzungen für den Bauleitplan**

Die Blendwirkung, die durch die Photovoltaikmodule an den benachbarten Wohnhäusern auftreten kann, ist als unerheblich anzusehen, wenn Einwirkzeiten von 30 Minuten am Tag und 30 Stunden im Jahr nicht überschritten werden.

#### **Abwägung und Beschlussvorschlag**

*Die Hinweise des Fachbereichs FB 44 Immissionsschutz zum Bebauungsplan werden in den Festsetzungen berücksichtigt. Das Blendgutachten war auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht. Das Blendgutachten kommt zum Schluss, dass mit Einwirkzeiten von 7 Minuten am Tag und 11 Stunden im Jahr zu rechnen ist.*

*Der Gemeinderat hält am vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit Grünordnungsplan sowie Vorhaben- und Erschließungsplan Solarpark Langensendelbach mit der Ergänzung zur zeitlichen Einschränkung der Blendwirkung fest.*

## **Landratsamt Forchheim, Gesundheitsamt – 20.12.2021**

Aus hygienischer Sicht bestehen gegen o.g. Bebauungsplan mit Grünordnungsplan sowie gegen die Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes "Solarpark Langensendelbach" keine Bedenken, wenn die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung durch Anschluss an die zentralen Anlagen der Gemeinde Langensendelbach sichergestellt sind.

### Abwägung und Beschlussvorschlag

*Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.*

*Der Gemeinderat hält an der Bauleitplanung Solarpark Langensendelbach fest mit der Änderung, dass im Abstand von 100m zur Quelfassung keine Module errichtet werden (siehe auch Abwägung zur Stellungnahme des WWA Kronach vom 19.01.2022).*

## **Wasserwirtschaftsamt Kronach – 19.01.2022**

Zum geplanten Vorhaben haben wir mit Schreiben vom 02.12.2020, Az. 4-4622-F0-13702/2020, bereits eine Stellungnahme abgegeben. Entsprechend der den damaligen Antragsunterlagen zugrundeliegenden "Stellungnahme zur Errichtung eines Solarparks innerhalb des Wasserschutzgebietes der Trinkwasserbrunnen 1 und 2 Langensendelbach" des Hydrogeologischen Instituts Dr. Reiländer GmbH sollte die PV-Anlage von der Wasserfassung ein Abstand von 100 m einhalten.

Abweichend davon bzw. vom Merkblatt 1.2/9 des Bayerischen Landesamtes für Umwelt "Planung und Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen in Trinkwasserschutzgebieten" soll der Abstand nun auf 15 bis 30 m reduziert werden, d.h. die PV-Module sollen bis unmittelbar angrenzend an den Fassungsbereich des Wasserschutzgebiets errichtet werden. Hierzu liegt den Antragsunterlagen eine zweite Stellungnahme des Hydrogeologischen Instituts Dr. Reiländer GmbH bei. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass aus geologischer Sicht keine nachteilige Beeinflussung des geförderten Grundwassers zu besorgen wäre.

Wir weisen darauf hin, dass neben der Beachtung der Wasserschutzgebietsverordnung (WSG-VO) ebenso auf die Einhaltung der auf Technischen Regeln und Vorgaben (hier Arbeitsblatt DVGW W 101, LfU-Merkblatt 1.2/9 und die DIN 2000) zu achten ist. Nach § 3 der WSG-VO ist, wie auch im LfU Merkblatt 1.2/9 vermerkt, unter 5.2 die Ausweisung neuer Baugebiete ab Zone III A wegen des Zusammentreffens zahlreicher Konfliktpotentiale verboten. Gemäß LfU-Merkblatt 1.2/9 kann in begründeten Ausnahmefällen eine Befreiung von Teilen der Wasserschutzgebietsverordnung möglich sein, sofern durch geeignete Auflagen der Schutzzweck gesichert bleibt.

Für die engere Schutzzone wird als Voraussetzungen für die Zulässigkeit im Wasserschutzgebiet aus optischen und betriebsorganisatorischen Gründen (Zugänglichkeit für Wartungen, Erweiterung der Wassergewinnungsanlagen) sowie wegen Brandrisiken ein Abstand zur Fassung von mindestens 100 m gefordert. Dieser Mindestabstand ist im Sinne von DVGW W 101 zu verstehen, wo für die engere Schutzzone "im Zustrombereich eine Mindestreichweite von 100 m zur Fassung nicht unterschritten werden" sollte. Auch bei sehr günstiger Beschaffenheit der Grundwasserüberdeckung, wie sie hier vorliegt, entfielen bei einer Bebauung bis an den Fassungsbereich heran die jederzeitige Überwachbarkeit des näheren Brunnumfeldes außerhalb des Fassungsgebietes. Dies wäre mit der erforderlichen Betriebssicherheit der öffentlichen Wasserversorgung nicht vereinbar. Weiterhin sollte ein Areal bebauungsfrei gehalten werden, von welchem aus oberflächliche Abflüsse (nach Starkregen oder Schneeschmelze, aber auch Löschwasser) den Fassungsbereich erreichen könnten (hier Oberflächengefälle von Osten

Richtung Fassungsbereich). Mit diesem wahrnehmbaren Abstand von potentiellen Verunreinigungsquellen wird zudem die ästhetische Grundanforderung der DIN 2000 erfüllt, Trinkwasser solle "appetitlich sein und zum Genuss anregen".

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die beschriebenen günstigen geologischen Verhältnisse alleine nicht ausreichen, um eine Unterschreitung des erforderlichen Mindestabstands von 100 m zur Wasserfassung begründen zu können. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht kann daher einer Reduzierung des Mindestabstands nicht zugestimmt werden. Eine Befreiung von den Verboten der Schutzgebietsverordnung kann in diesem Korridor grundsätzlich nicht in Aussicht gestellt werden. Gegenüber der Gemeinde Langensendelbach haben wir bereits mit E-Mail vom 22.12.2021 eine entsprechende Stellungnahme zu diesem Sachverhalt abgegeben.

Hinsichtlich des vorsorgenden Bodenschutzes sind die Hinweise und Vorgaben des Wasserwirtschaftsamts in die weiteren Planungen eingeflossen. Darüber hinaus haben sich in den neuerlich vorgelegten Planungen keine Änderungen oder neuen Sachverhalte ergeben, die aus wasserwirtschaftlicher Sicht zusätzlich zu würdigen wären. Die Aussagen des eingangs genannten Schreibens gelten weiterhin.

#### *Beschlussvorschlag*

*Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.*

*Der Gemeinderat hält an der Bauleitplanung Solarpark Langensendelbach fest mit der Änderung, dass im Abstand von 100m zur Quelfassung keine Module errichtet werden. Um den Leistungsverlust auf Flächen mit der Flurnummer Fl.Nr. 1550, 1580/1, 1579, 1578, 1577, 1576, die nicht Modultischen überstellt werden dürfen zu kompensieren, werden die Flächen 1551, 1570 und 1552 künftig als Sondergebiet für die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage in den Entwurf mit einbezogen.*

*Die Änderung des Flächenumfangs in Verbindung mit der Erweiterung des Sondergebiets im Südosten führt dazu, dass der Entwurf erneut ausgelegt werden muss.*

*Der Gemeinderat hält an der Bauleitplanung Solarpark Langensendelbach fest mit der Änderung, dass im Abstand von 100m zur Quelfassung keine Module errichtet werden und das Sondergebiet für die Nutzung von Photovoltaikfreiflächenanlagen im Südosten um die Flächen mit der Flurnummer 1570 und 1552 erweitert wird. Die Fläche 1536 kommt als Ausgleichsfläche hinzu.*

### **Staatliches Bauamt Bamberg – 28.01.2022**

Straßen in der Verwaltung des Staatlichen Bauamtes Bamberg werden von dem Vorhaben offensichtlich nicht betroffen. Insofern ist eine Stellungnahme nicht angezeigt.

Grundsätzlich sind Blendwirkungen die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen können auf jeglichen Fahrverkehr auszuschließen.

Im weiteren Verfahren halten wir unsere Beteiligung für nicht erforderlich.

#### *Abwägung und Beschlussvorschlag*

*Ein Blendgutachten wurde erstellt, in dem die Blendwirkungen des Vorhabens auf die Kreisstraße FO 15 und FO 26 untersucht wurden, mit dem Ergebnis, dass Verkehrsstörung durch Lichtimmissionen nicht erkennbar sind.*

*Der Gemeinderat hält an der Bauleitplanung Solarpark Langensendelbach fest.*

## **Bayerischer Bauernverband – 27.01.2022**

Kritisch zu sehen ist der Flächenverbrauch einer solchen Freiflächenphotovoltaikanlage. Dieser steht in Konkurrenz zum Flächenbedarf für die Nahrungsmittelproduktion und anderen Nutzungen wie den Bedarf für Baumaßnahmen, Nutzung von Bodenschätzen aber auch den Bedarf für Ausgleichsflächen für den Naturschutz. In Bayern wurde 2020 eine Fläche von 11,60 ha pro Tag verbraucht und ist damit weiterhin viel zu hoch. Deshalb sollten soweit wie möglich für die Stromerzeugung aus Photovoltaik bereits bebaute Fläche genutzt werden.

Von der Baumaßnahme werden ca. 10 ha (mit Ausgleichsflächen) landwirtschaftliche Nutzfläche in Anspruch genommen. Zusammen mit dem zweiten geplanten Projekt "Solarkraftwerk Bräuningshof" in der Gemarkung Langensendetbach beträgt der Verbrauch an landwirtschaftlicher Nutzfläche für Freifeldphotovoltaikanlagen und Ausgleichsflächen fast 20 ha. Dabei handelt es sich um Flächen, die als Äcker und Wiesen genutzt werden. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe sind auf Grund und Boden als wichtigsten Produktionsfaktor angewiesen. Aus diesem Umstand ergibt sich, dass alles unternommen werden muss, um die Auswirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft auf ein Minimum zu begrenzen. Die verlorenen Flächen sind praktisch nicht durch andere zu ersetzen, sodass den Betrieben hierdurch ihre Wirtschaftsgrundlage entzogen wird.

Ferner wird auf das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) verwiesen. Hier nach muss mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden. Es ist gemäß § 15 Abs. 3 BNatSchG bei der Inanspruchnahme von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen [ ... ]. Somit lehnen wir Ausgleichsmaßnahmen auf externen Flächen gänzlich ab, zumal bei Photovoltaikanlagen im Grunde keine Flächenversiegelung erfolgt. Die internen Maßnahmen sind unseres Erachtens vollkommen ausreichend. Dies ist nötig um einen unnötigen Verbrauch landwirtschaftlicher Fläche zu verhindern.

Drainagen, die bei Baumaßnahmen des Projektes beschädigt oder abgeschnitten werden, müssen wieder fachgerecht instandgesetzt werden, bzw. neu gefasst und angebunden werden um eine Dränung der Flächen weiterhin zu gewährleisten.

Die Immissionen (v.a. Staub), die aus der Bewirtschaftung der Flächen nach guter fachlicher Praxis, entstehen, sind vom Betreiber des Solarkraftwerkes hinzunehmen.

Wirtschaftswege und Zufahrten der einzelnen Grundstücke sind während und nach den Baumaßnahmen freizuhalten, sodass sie für die Landwirte uneingeschränkt nutzbar bleiben. Beim Errichten und Betreiben der Photovoltaikanlage ist eine Rücksichtnahme auf die landwirtschaftlichen Flächen und Flurwege erforderlich. Entstandene Schäden an Wegen durch die Baumaßnahme sind zu beseitigen.

Eine Bepflanzung und eine eventuelle Einzäunung dürfen die angrenzenden Flurwege nicht negativ beeinflussen und deren Nutzung durch die Land- und Forstwirtschaft muss uneingeschränkt möglich sein.

Die Flurwege (Fl.-Nr. 1253/2, 1281/2) sind mit 5 m offen zu halten um eine ungehinderte Zufahrt mit landwirtschaftlichen Maschinen zu den dahinterliegenden Flächen zu gewährleisten. Des Weiteren sind Ausweichbuchten für Begegnungsverkehr einzuplanen. Zum Privatweg nördlich der Flurnummern 1527 bis 1532 ist ein Mindestabstand bei der Einzäunung von 3 m zu halten um eine Durchfahrt mit breiten Erntemaschinen zu gewährleisten.

Für die Pflege der umliegenden Gräben ist genügend Abstand bei Einzäunung einzuhalten. Der Graben im südlichen Bereich ist so zugänglich, dass ein Abstand von 4 m zur Einzäunung eingehalten wird. So ist eine Pflege mit technischem Gerät möglich.

Die Pflege der Randgehölze, Hecken und Fläche obliegt dem Betreiber. Die Pflege der Flächen muss so erfolgen, dass ein Aussamen von etwaigen Schadpflanzen auf benachbarte landwirtschaftlich genutzte Flächen vermieden wird. Ebenso müssen Hecken und andere Gehölzpflanzen am Rand so gepflegt werden, dass es zu keiner Beeinträchtigung der benachbarten Flächen kommt. Es darf zu keiner Zeit zu negativen Einflüssen durch Beschattung, Laubfall oder ähnlichen Einflüssen kommen. Bei der Pflanzung sind die gesetzlichen Grenzabstände einzuhalten.

Für die Stromleitungen von der PV-Anlage zum Einspeisepunkt ist vorrangig öffentlicher Grund zu nutzen. Z.B. entlang öffentlicher Straßen oder Wegen. Sofern es unvermeidbar ist, landwirtschaftliche Flächen in Anspruch zu nehmen, muss die Leitungstrasse vorher mit den Landwirten bzw. Grundeigentümern in einem Ortstermin entsprechend abgestimmt werden. Für etwaige Flur- und Aufwuchsschäden sowie Grunddienstbarkeiten der Leitungen sind den Bewirtschaftern bzw. Grundeigentümern angemessene Entschädigungssätze zu gewähren.

Wir weisen darauf hin, dass die Ablösungen bzw. Entschädigungen durch Auflösung der bestehenden Pachtverträge an die jeweiligen Bewirtschafter durch den Betreiber des Solarkraftwerkes erfolgen müssen.

Nach Ablauf der Nutzung als Solarkraftwerk muss sichergestellt werden, dass die gesamte Fläche wieder landwirtschaftlich in vollem Umfang genutzt werden kann.

Wir bitten Sie, o.g. Einwände bei der Planung und Durchführung des Projekts zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang weisen wir ausdrücklich auf die Einwendungen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit der Bitte um Berücksichtigung hin.

#### Abwägung und Beschlussvorschlag

*Die Hinweise zu Flächenverbräuchen durch Solaranlagen und Auswirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe werden zur Kenntnis genommen. Bei den überplanten Flurstücken, sind überwiegend die Eigentümer auch die Bewirtschafter, die Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe relativieren sich daher. Bei den verpachteten Flächen wurde die geplante Nutzung mit dem derzeitigen Pächter abgestimmt.*

*Die Erzeugung erneuerbarer Energien ist neben der Nahrungsmittelproduktion eine weitere wichtige Aufgabe des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft zur marktgerechten Versorgung der Gesellschaft. In Anbetracht der gesamten Gemarkung Langensendelbach werden landwirtschaftliche Flächen auch zur Erzeugung erneuerbarer Energien genutzt (Maisanbau für Biogas). Diese Flächen dienen folglich auch nicht mehr nur der Nahrungsmittelproduktion. Die für die Anlage vorgesehene Flächen werden überwiegend als Grünland genutzt, aufgrund der Lage im Wasserschutzgebiet erfolgt die Nutzung überwiegend extensiv. Insofern werden für die PV Anlage in Langensendelbach Flächen genutzt, die weder eine besondere Bedeutung für Tiermast haben, noch für die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe.*

*Die Stromerzeugung über Photovoltaikanlagen leistet einen wichtigen Beitrag zur Energiewende und dem Erreichen der Klimaziele und zeichnet sich zudem gegenüber der Erzeugung von Biogas durch eine deutlich höhere Energieeffizienz aus, wodurch sich der angesprochene Flächenentzug durch die geplante PV – Anlage zusätzlich relativiert. Im vorliegenden Fall dient die PV – Anlage als wirtschaftliches Standbein für die Flächenbewirtschafter zur Stabilisierung der landwirtschaftlichen Betriebe.*

*Mit der GRZ von 0,6 und der maximalen Bauhöhe von 3,5m wurde darauf geachtet einen möglichst hohen Energieertrag auf der Fläche zu erzeugen im Hinblick auf den sparsamen Umgang mit Grund und Boden. Eine deutliche Erweiterung der Reihenabstände hätte zur Konsequenz, dass zur Erzeugung der gleichen Energiemenge weitere landwirtschaftliche Flächen in An-*

spruch genommen werden müssten und in der Folge möglicherweise auch weitere Flächen für den artenschutzrechtlichen Ausgleich. Im Hinblick auf den sparsamen Umgang mit Grund und Boden wird daher an der Planung festgehalten und auf eine geringere GRZ verzichtet, die zwar einen geringeren Kompensationsfaktor von 0,1 nach sich ziehen würde, in der Gesamtbetrachtung des Verhältnisses – Flächenverbrauch und erzeugte Energie - ungünstiger abschneidet. Die Ausgleichsflächen liegen im Umfeld/Rand des geplanten Vorhabens und dienen der Einbindung der Anlage in die Landschaft, sowie dem Biotopverbund. Aus Gründen des Artenschutzes ist die Schaffung von Blühstreifen für die Herstellung von Feldlerchenrevieren erforderlich, um artenschutzrechtliche Konflikte zu vermeiden (siehe § 44 BayNatschG). Um landwirtschaftliche Fläche für den Ausgleich gering zu halten, wurden naturschutzfachlich begründete Kompensationsflächen für den artenschutzrechtliche Ausgleich (CEF-Maßnahme für Feldlerche) festgesetzt.

Der Hinweis zur Behebung etwaiger Schäden an vorhandenen Drainagen im Zuge der Erschließung und Bau der Anlage wird im Durchführungsvertrag aufgenommen.

Der Bebauungsplan beinhaltet bereits einen Hinweis, dass die durch die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bearbeitung (Bodenbearbeitung, Ernte) der Nachbarflächen gelegentlich auftretenden Immissionen (insb. Staub) zu dulden sind (siehe Hinweise Nr. 5).

Die Zufahrt für den Bau der Anlage erfolgt über die Kreisstraßen FO 15 und anschließend über landwirtschaftliche Wege, eine Behinderung angrenzender Nutzflächen kann allenfalls während der Lieferung kurzzeitig auftreten.

Die Einzäunung hat in der Regel einen Mindestabstand von 5,0m zu angrenzenden Flurwegen, bei dem Flurweg Fl.Nr. 1253/2 wird ein Korridor von mindestens 6,0m zwischen den Zäunen freigehalten.

Für die Grabenpflege des Eschenbaches entlang der südlichen Grundstücksgrenzen des geplanten Solarparks sind im Minimum ein Abstand von 7,0 m eingehalten.

Die Pflege der Flächen ist unter B 4.3 bereits enthalten, eine Rückbauverpflichtung ist unter Hinweise Nr. 4 vorgesehen.

Die Hinweise zu möglichen Pachtverträgen werden vom Betreiber berücksichtigt. Das AELF wurde beteiligt (siehe Stellungnahme Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bamberg – 12.11.2020